

Volker Kronenberg *Hrsg.*

# Schwarz-Grün

Erfahrungen und Perspektiven



Springer VS

---

Schwarz-Grün

---

Volker Kronenberg  
(Hrsg.)

# Schwarz-Grün

Erfahrungen und Perspektiven

 Springer VS

*Herausgeber*  
Volker Kronenberg  
Universität Bonn  
Bonn, Deutschland

ISBN 978-3-658-12989-7                      ISBN 978-3-658-12990-3 (eBook)  
DOI 10.1007/978-3-658-12990-3

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Springer VS

© Springer Fachmedien Wiesbaden 2016

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung, die nicht ausdrücklich vom Urheberrechtsgesetz zugelassen ist, bedarf der vorherigen Zustimmung des Verlags. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Bearbeitungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Die Wiedergabe von Gebrauchsnamen, Handelsnamen, Warenbezeichnungen usw. in diesem Werk berechtigt auch ohne besondere Kennzeichnung nicht zu der Annahme, dass solche Namen im Sinne der Warenzeichen- und Markenschutz-Gesetzgebung als frei zu betrachten wären und daher von jedermann benutzt werden dürften.

Der Verlag, die Autoren und die Herausgeber gehen davon aus, dass die Angaben und Informationen in diesem Werk zum Zeitpunkt der Veröffentlichung vollständig und korrekt sind. Weder der Verlag noch die Autoren oder die Herausgeber übernehmen, ausdrücklich oder implizit, Gewähr für den Inhalt des Werkes, etwaige Fehler oder Äußerungen.

Lektorat: Jan Treibel, Monika Mülhausen

Gedruckt auf säurefreiem und chlorfrei gebleichtem Papier

Springer VS ist Teil von Springer Nature  
Die eingetragene Gesellschaft ist Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH

---

# Inhalt

Einführung ..... 1  
*Volker Kronenberg*

## I Grundlagen

Zum Kontext alternativer Koalitionskonstellationen. Das deutsche  
Parteiensystem im Wandel ..... 9  
*Eckhard Jesse*

Die Grünen: Eine bürgerliche Partei? ..... 23  
*Saskia Richter (†)*

## II Erfahrungen

Schwarz-grüne Bündnisse in Großstädten. Muster der Koalitionsbildung  
und der praktischen Zusammenarbeit ..... 33  
*Christoph Weckenbrock*

Schwarz-grüne Koalitions politik in den Ländern ..... 45  
*Roland Sturm*

Schwarz-Grün in Hessen ..... 59  
*Hubert Kleinert*

Zusammenwachsen oder Auseinanderdriften? Die Entwicklung der  
Anhängerschaften von CDU/CSU und Bündnis 90/Die Grünen ..... 73  
*Thomas Petersen*

Medienliebling Schwarz-Grün – Agenda Setting oder politisches Projekt?  
Eine Medienanalyse ..... 85  
*Caja Thimm*

### **III Perspektiven**

Ein Ende der Koalitionsausschlusslogik? Zur Zukunft schwarz-grüner  
Koalitionen ..... 99  
*Lothar Probst*

„Dasselbe in grün“. Schwarz-Grün als funktionsäquivalentes  
GroKo-Substitut ..... 119  
*Volker Best*

Königsmacher im Dilemma: Die Grünen zwischen Schwarz-Grün  
und Rot-Rot-Grün ..... 131  
*Bastian Scholz*

Von Schwarz-Rot zu Schwarz-Grün? Szenarien der Koalitionsbildung  
vor der Bundestagswahl 2017 ..... 141  
*Frank Decker*

Verzeichnis der Autorinnen und Autoren ..... 159

---

# Einführung

Volker Kronenberg

Die politische Agenda wird seit vielen Monaten gehörig durcheinander gewirbelt. Statt feinsinnige, binnenzentrierte Debatten über die Notwendigkeit einer Agenda 2020 oder über das „Feintuning“ der Energiewende führen zu können, wird das politische Berlin immer wieder und in kurzen Abständen durch krisenhafte Zuspitzungen der europäischen und internationalen Politik gefordert. Seien es die drohende Zahlungsunfähigkeit Griechenlands und damit verbunden die Frage nach der Zukunft des Euros, sei es der Ukraine-Russland-Konflikt, seien es die Bedrohungen des internationalen Terrorismus<sup>1</sup> oder die Herausforderungen des internationalen Flüchtlingsstroms nach Europa, zumal nach Deutschland – Regierung, Parlament und Parteien sind mit Fragen und Entscheidungen konfrontiert, die weder in den schwarz-roten Koalitionsvertrag von 2013 noch in die Planungen und Strategiekonzepte der Oppositionsparteien Eingang gefunden hatten. So dynamisch sich derzeit die politischen Entwicklungen mit ihren außen-/europa- wie innenpolitischen Implikationen ausnehmen, so unkonventionell sind zum Teil die parteipolitischen Konstellationen. Man denke dabei exemplarisch an den Kurs der Bundesregierung in der Flüchtlingspolitik, bei der die parteipolitischen Konfliktlinien bislang eher innerhalb der Unionsparteien verlaufen als zwischen der CDU-Führung und der SPD und die Bundeskanzlerin von Rot und Grün teils mehr Unterstützung für ihre „Politik der Willkommenskultur“ erfahren hat als in ihrer eigenen Partei oder gar seitens der CSU. Angela Merkel war nie beliebter bei Grünen-Mitgliedern und Grünen-Wählern als zum Jahreswechsel 2015/16, also zu einem Zeitpunkt, wo sich die Parteien erste Gedanken machen über Inhalte, Strategien und Koalitionsoptionen für den Herbst 2017. Die nächste Bundestagswahl wirft ihre Schatten voraus und wichtige Landtagswahlen im Frühjahr 2016 stehen bevor. Dabei stellt sich ganz selbstverständlich die Frage nach möglichen Koalitionsmodellen.

Eines dieser Modelle, das in den letzten Jahren immer wieder in der deutschen Öffentlichkeit diskutiert und publizistisch vor allem in den größeren Tages- und Wochenzeitungen aufgegriffen wurde, ist jenes zwischen CDU/CSU und Bündnis 90/Die Grünen. Für viele Beobachter und Kommentatoren hat „Schwarz-Grün“ bis heute etwas Exotisches. Dabei ist es längst politische Realität: Nach ersten Gehversuchen auf kommunaler Ebene, auf Länderebene in Hamburg 2008 bis 2010 und im Saarland als „Jamaika-Koalition“ gemeinsam mit der FDP 2009 bis 2012, funktioniert die Zusammenarbeit zwischen Schwarz und Grün in Hessen so geräuschlos<sup>1</sup>, dass sich mancher verwundert die Augen reiben mag. Vergessen sind die Zeiten, als Alfred Dregger den Grünen vorwarf, den „Höhepunkt des Ausstiegs aus der Wirklichkeit“<sup>2</sup> zu verkörpern und die „Stahlhelmfraktion“ der hessischen Christdemokraten in den Grünen ein wesentliches Feindbild erkannte. Vorbei auch die Zeiten, als Angela Merkel ein Bündnis aus CDU, CSU und Grünen – kurz: S2G – auf Bundesebene als „Hirngespinst“<sup>3</sup> abtat. Und dennoch: Trotz vielfacher Annäherungen und erfolgreicher Zusammenarbeit in Kommunen und Ländern ist Schwarz-Grün weiterhin eine besondere parteipolitische Konstellation, geht es hierbei doch um zwei Farben, die nach wie vor spezifische Milieus, Themen sowie gesellschaftliche und kulturelle Trends repräsentieren und die tatsächlich über lange Zeit als kaum miteinander kompatibel, wenn nicht gar als diametral entgegengesetzt erschienen.

Ist Schwarz-Grün (S2G) also eine realistische Alternative für die Zeit nach der Bundestagswahl 2017 oder nur ein theoretisches Modell (so wie R2G, also Rot-Rot-Grün), das zwar vor allem in akademischen Fachkreisen durchaus diskutiert wird, in der Praxis aber wenig Aussicht auf Erfolg hat? Welche politischen Sachverhalte und Themen verbinden Schwarz und Grün – und welche trennen sie? Eben jene Fragestellungen rückte das wissenschaftliche Colloquium „Das deutsche Parteiensystem im Wandel: Schwarz-Grün. Erfahrungen und Perspektiven“ in den Mittelpunkt seiner Betrachtung, das am 19. Juni 2015 an der Universität Bonn stattfand. Die Vorträge und die sich anschließenden Diskussionen ermöglichten dabei eine praxisnahe und aktuelle Standortbestimmung der Debatte und gaben einen Ausblick auf mögliche künftige koalitionspolitische Entwicklungen zwischen Schwarz und Grün. Damit knüpfte die Veranstaltung an vorherige Projekte zu diesem Thema

- 
- 1 Vgl. Volker Bouffier: Die Schnittmengen einst feindlicher Lager, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 20. Januar 2016, S. 5.
  - 2 Ausstieg aus der Wirklichkeit, in: Der Spiegel vom 19. Juli 1982, S. 32-33.
  - 3 Merkel sieht Schwarz-Grün als „Hirngespinst“, in: Süddeutsche online vom 15. November 2010, in: <http://www.sueddeutsche.de/politik/cdu-parteitag-merkel-sieht-schwarz-gruen-als-hirngespinst-1.1023966>.



an, das seit Jahren zu den Forschungsschwerpunkten des Herausgebers zählt und zu dem bereits im Jahr 2011 ein erster, umfangreicher Sammelband herausgegeben werden konnte.<sup>4</sup>

Das breite inhaltliche Spektrum der Tagung spiegelt sich in dem nun vorliegenden Tagungsband wieder. Es ist besonders erfreulich, dass in diesen nicht nur die im Sommer 2015 anwesenden Referenten mit ihren Vorträgen – die freilich ergänzt und erweitert wurden – Eingang gefunden haben, sondern die Publikation auch durch weitere Autoren mit zusätzlichen Beiträgen ergänzt werden konnte. Damit bietet der Band einen ebenso grundlegenden, die wesentlichen Facetten abbildenden wie auch aktuellen Überblick über das Thema und dies pünktlich zu dem Zeitpunkt, an dem über anstehende Koalitionsoptionen für den Herbst 2017 nachgedacht werden muss. Was ist inhaltlich wünschenswert, was ist arithmetisch aufgrund des Faktors AfD möglich, was sind Erfahrungen, was sind Perspektiven?

Zu Beginn ordnet der Chemnitzer Parteienforscher **Eckhard Jesse** die schwarz-grünen Perspektiven in den Kontext des sich allgemein wandelnden Parteiensystems ein. Mit dem zeitgeschichtlichen Blick von der ersten Bundestagswahl 1949 bis zum Jahr 2013 zeichnet er die Konstellationen des Wandels kompakt nach. Vor diesem Hintergrund systematisiert er verschiedene Koalitionsvarianten und diskutiert ihre Wahrscheinlichkeit sowohl in deskriptiver als auch in präskriptiver Hinsicht – nicht zuletzt unter dem Eindruck der aktuellen Flüchtlingskrise.

Sind die Grünen eine bürgerliche Partei? Diese Frage erörtert die Hildesheimer Politikwissenschaftlerin **Saskia Richter** in ihrem Beitrag und verdeutlicht, ausgehend von den Studentenprotesten der 1960er Jahre über die Neuen Sozialen Bewegungen der 1970er und 1980er Jahre bis in die Gegenwart, wie sehr sich der Begriff „Bürgerlichkeit“ im Laufe der Zeit gewandelt hat. Dabei verweist die Autorin auch auf die Bedeutung von – nach wie vor schwer zu definierenden – bürgerlichen Werten für mögliche schwarz-grüne Koalitionsbildungen.

Ausgehend von diesen beiden Beiträgen mit eher grundlegendem Charakter thematisieren die sich anschließenden Aufsätze bisherige Erfahrungen von und mit Schwarz-Grün. Der Bonner Politikwissenschaftler **Christoph Weckenbrock** geht in seinem Beitrag der Frage nach, inwiefern sich bestimmte Muster erfolgreicher schwarz-grüner Zusammenarbeit aus bisherigen kommunalen Koalitionserfahrungen zwischen Union und Grünen ableiten lassen. Die empirische Analyse des Koalitionsmanagements in sieben deutschen Großstädten zeigt, dass das Zustandekommen schwarz-grüner Bündnisse auf kommunaler Ebene insbesondere auf weiten inhaltlichen Zugeständnissen der Union gegenüber den Grünen und den

---

4 Volker Kronenberg/Christoph Weckenbrock (Hrsg.): Schwarz-Grün. Die Debatte, Wiesbaden 2011.

persönlichen Beziehungen zwischen den Parteieliten beruht. Im politischen Alltag stellen personelle Fluktuationen sowie ein zu starkes Übergewicht an grünen Themen auf der Koalitionsagenda die größten Gefahren für das langfristige Überleben solcher Koalitionen dar. Weckenbrock kommt darauf aufbauend zu dem Ergebnis, dass das Modell Schwarz-Grün insgesamt erhebliche Anforderungen an beide Parteien stellt, die in der öffentlichen Auseinandersetzung mit dem Thema, insbesondere mit Blick auf mögliche Bündnisse im Bund, häufig übersehen werden. Schwarz-Grün, so der Tenor des Beitrags, ist ein Bündnis der zweiten Wahl.

Der Erlanger Politikwissenschaftler **Roland Sturm** unterzieht die bisherigen koalitionspolitischen Erfahrungen in Hamburg, im Saarland (in der Jamaika-Variante) und in Hessen einer vergleichenden Betrachtung. Er weist grundsätzlich darauf hin, dass die Koalitionsbildung in allen drei Fällen von den politischen Akteuren explizit als „Experiment“ apostrophiert worden sei, womit die spezifischen Rahmenbedingungen dieser Koalitionen sich von anderen Modellen abheben. In vergleichender Perspektive werden die Koalitionsverträge unter die Lupe genommen und Aspekte wie die thematischen Bezugnahmen in den Präambeln, Festlegungen zur Arbeitsweise der Koalitionen sowie die Besetzung von Ämtern herausgearbeitet. Zudem werden die policy-Prioritäten eruiert sowie Spezifika der jeweiligen Regierungszeiten identifiziert.

Die Genese des schwarz-grünen Bündnisses in Hessen erläutert der Gießener Grünen-Experte **Hubert Kleinert**. Dabei spannt er einen weiten historischen Bogen von den Anfängen der Grünen im Land und den zum Teil heftigen Auseinandersetzungen zwischen Schwarz und Grün bis hin zu aktuellen Fragestellungen der Koalition. Deutlich zeigt Kleinert dabei auf, wie sich beide politischen Kräfte im Land – und hier zunächst und vor allem auf der kommunalen Ebene – angenähert haben und welche Perspektiven sich aus einer erfolgreichen schwarz-grünen Koalition in einem so wichtigen Flächenland ergeben könnten.

Der Allensbach-Demoskop **Thomas Petersen** zeigt in seinem Beitrag auf, dass schwarz-grüne Koalitionen aufgrund inhaltlicher wie strategischer Plausibilität eigentlich immer häufiger gebildet werden müssten, dieses Bündnis aber bis in die jüngste Vergangenheit von den Parteianhängern von CDU/CSU und Grünen kaum gewünscht wurde. Der Autor wirft die Frage auf, ob und inwieweit sich angesichts von schwarz-grünen Koalitionserfahrungen in den vergangenen Jahren eine Annäherung beider Anhängerschaften vollzogen habe. Auf Grundlage demoskopischer Untersuchungen stellt Petersen fest, dass eine Annäherung nur auf einer allgemeinen Ebene, bei der Selbstverortung der Parteianhänger im Links-Rechts-Schema, festzustellen sei, wobei weltanschauliche Gräben zwischen beiden Parteien weniger tief und die damit verbundenen psychologischen Hindernisse für eine Koalition grundsätzlich kleiner geworden seien. Auf der konkreteren

inhaltlichen Ebene konstatiert Petersen hingegen eine zunehmende gegenseitige Antipathie der jeweiligen Anhängerschaften, deren Grund der Autor vor allem in einer vermehrten Rückkehr der Grünen ins linke politische Lager festmacht. In der Konsequenz bedeutete dies insbesondere für Bündnis 90/Die Grünen koalitionsperspektivisch eine nicht zu unterschätzende Gefahr, die die Möglichkeiten schwarz-grüner Bündnissen auf Bundesebene erheblich erschwere.

Die Bonner Medienwissenschaftlerin **Caja Thimm** beschäftigt sich mit der medialen Attraktivität des Koalitionsbündnisses Schwarz-Grün. Auf der Basis einer Medienanalyse verschiedener Print- und Online-Ausgaben von Zeitungen stellt sie die Verteilung von Kommentaren und Artikeln zu diesem Thema in verschiedenen Medien quantitativ zusammen. An diese quantitative Perspektive schließt sich eine qualitative Frameanalyse an, die konkrete inhaltliche Füllungen sowie argumentative Figuren in der Kommunikation herauspräpariert: erstens „Schwarz-Grün als lokales Erfolgsmodell“, zweitens „Merkels Agenda Schwarz-Grün“ sowie drittens „grünes Risiko Schwarz-Grün“. Diese drei typischen Frames als wiederkehrende Muster der Medienberichterstattung werden anhand von Beispielen vorgestellt und einer kommunikationstheoretischen Analyse unterzogen.

Die Aufsätze im zweiten Teil des Bandes fokussieren schwarz-grüne Perspektiven. So untersucht der Bremer Parteienexperte **Lothar Probst** in seinem Beitrag die Ursachen für das bisherige Zustandekommen von Sondierungsgesprächen und Regierungskoalitionen von CDU und Grünen auf Landes- und Bundesebene. Anhand von einzelfallbezogenen Analysen kommt er dabei zu dem Ergebnis, dass auf Landesebene insgesamt zwar eine Abkehr der schwarz-grünen Ausschlusslogik hinsichtlich gemeinsamer Regierungsbündnisse zu beobachten ist, sich daraus bisher allerdings kein modellbildendes Potential für gemeinsame inhaltliche Koalitionsstrategien im Bund ableiten lässt. Vielmehr deuten seine Fallstudien darauf hin, dass für eine erfolgreiche Koalitionsbildung von CDU und Grünen in der Regel weniger die programmatischen Gemeinsamkeiten, sondern der jeweilige situative Kontext entscheidend ist.

Zurückhaltend bewertet der Bonner Koalitionsforscher **Volker Best** die Perspektiven einer schwarz-grünen Koalition auf Bundesebene nach 2017. Sie sei sachpolitisch keine echte Alternative, machtpolitisch nur „ein müder Schatten der Großen Koalition“ und bringe zudem demokratiepolitisch keinen Mehrwert. Der Gefahr, dass die Große Koalition, ursprünglich ein Ausnahmebündnis im politischen System der Bundesrepublik, zum Regelfall werde, könne nur durch eine Reform des Wahlrechts – etwa nach italienischem Vorbild – begegnet werden.

Ausgehend von der erfolgreich zusammenarbeitenden schwarz-grünen Koalition in Hessen analysiert der Berliner Politikexperte **Bastian Scholz** mit Blick auf die Bundestagswahl 2017 die Faktoren und Konstellationen, die eine politische

„Vernunftfehe“ zwischen den Konservativen und den Grünen begünstigen oder verhindern können. Programmatische Ausrichtungen, die handelnden Personen, die soziokulturellen Milieus der Wähler- und Mitgliederbasen sowie strategische Machtinteressen der Parteien sind die Variablen, die Scholz analytisch abwägend in den Blick nimmt. Folgt man seiner Analyse, so liegt die Antwort auf die Frage, ob Schwarz-Grün für den Bund 2017 eine ernsthafte Option darstellt, vor allem in der Fähigkeit der Grünen begründet, die Machtoption nach außen wie nach innen strategisch vorzubereiten.

Verschiedene Szenarien zur Koalitionsbildung entwirft der Bonner Parteienforscher **Frank Decker**. Nach der grundsätzlichen Nennung wesentlicher Faktoren zur Koalitionsbildung, die weit über die klassischen Ansätze des policy-, office- und vote-seeking hinausreichen und auch institutionelle und politisch-habituelle Eigenheiten, personelle (Un-)Verträglichkeiten, parteiinterne Akzeptanz sowie Koalitionsaussagen mit einbeziehen, wird ein Überblick über den Parteisystemwandel von der Zweieinhalb- zum Fünf- bis Sechsparteiensystem gegeben. Vor dem Hintergrund der demoskopischen Ausgangslage zwei Jahre vor der Bundestagswahl gibt Decker eine analytische Einschätzung zur politischen Wahrscheinlichkeit des schwarz-grünen Koalitionsmodells im Abgleich mit weiteren denkbaren Koalitionsoptionen unter verschiedenen Prämissen und Szenarien, wobei er insbesondere auf die Signalfunktionen der Landtagswahlen 2016 und 2017 hinweist.

Last but not least gilt ein besonderer Dank meinen Mitarbeitern Dr. Manuel Becker, Christian Botz, Jonas Fehres B.A., Marco Jelic M.A., Nils Kleine M.A., Kevin Medau M.A. und Florian Schmitt M.A. für ihre Unterstützung bei der Organisation der Tagung und der redaktionellen Bearbeitung dieses Bandes. Ein nicht minder großer Dank richtet sich zudem an Dr. Jan Treibel, Cheflektor Politik, sowie Monika Mülhausen bei Springer VS, für die vertrauensvolle und angenehme Zusammenarbeit.

Bonn, im Januar 2016  
Volker Kronenberg



I

# Grundlagen

---

# Zum Kontext alternativer Koalitionskonstellationen

## Das deutsche Parteiensystem im Wandel

Eckhard Jesse

---

### 1 Einleitung

„Eine Mehrheit für Rot-Grün wird extrem unwahrscheinlich bleiben.“<sup>1</sup> Dieses Zitat stammt aus einem geheimen Strategiepapier der SPD vom Juni 2015, in dem eine Koalition der Union mit den Grünen als aussichtsreich gilt: wegen der inhaltlichen Übereinstimmungen zwischen beiden Parteien, wegen der Sympathie Angela Merkels für ein solches Bündnis, wegen der Abgrenzung der Union gegenüber der Alternative für Deutschland, wegen des Kurswechsels der Grünen, die eine Koalition mit der SPD auf der Bundesebene nicht weiterfolgen.<sup>2</sup> Die SPD-Spitze soll sich auf einer Präsidiumsklausur im Juni darauf verständigt haben, dies zu verhindern, „indem sie inhaltliche Nähe zu den Grünen demonstrativ herausstellt [...]. Insbesondere auf Länderebene soll die gute Zusammenarbeit der beiden Parteien betont werden. [...] Inhaltlich wollen die Sozialdemokraten in den kommenden Jahren zunehmend Unterschiede zum Koalitionspartner herausstellen.“<sup>3</sup> Gewiss, bis zur nächsten regulären Bundestagswahl sind es noch knapp zwei Jahre hin, aber eine derartige Koalitionsvariante bewegt die Gemüter in der Politik, in der Publizistik und in der Politikwissenschaft.

Bei der Bundestagswahl 2013 erreichten Union und Grüne von den 43.726.858 gültigen Zweitstimmen 21.859.503: 49,99 Prozent. Angesichts der 15,7 Prozent unverwerteter Stimmen für die an der Fünfprozenthürde gescheiterten Parteien bestand eine glasklare parlamentarische Mehrheit. Ein solches Bündnis scheiterte

---

1 Zitiert nach dem Artikel hak/rik: SPD befürchtet schwarz-grünes Bündnis, in: Bild vom 12. Juni 2015.

2 So der Tenor in dem obengenannten Artikel.

3 gor/kn: Gabriel will Grüne an sich binden, in: Der Spiegel vom 13. Juni 2015, S.18.

wohl nicht zuletzt an den Grünen, die wegen ihrer Verluste in Höhe von 2,3 Prozentpunkten schwerlich eine Koalition mit der gestärkten Union eingehen konnten.

Sicher, 21 Monate vor der nächsten regulären Bundestagswahl sind Vorhersagen wenig seriös, zumal angesichts von Vorgängen wie der Flüchtlingskrise, die die Bevölkerung bewegt. Allein 2015 sind nach Schätzungen über 1,1 Million Flüchtlinge nach Deutschland gekommen. Immerhin zeigen die Meinungsumfragen von sieben Instituten eine gewisse Konstanz, ungeachtet der Zunahme für die Alternative für Deutschland (knapp neun Prozent) und der Abnahme für die Union (gut 38 Prozent). Da das demoskopische Resultat für Bündnis 90/Grüne im Schnitt bei knapp zehn Prozent liegt, ergeben die Umfragen fast aller Institute einen Mandatsanteil von über 50 Prozent.<sup>4</sup> Insofern dürfte ein solches Bündnis arithmetisch möglich sein. Aber auch politisch? Die programmatischen Konfliktpunkte zwischen den beiden Parteien haben in den letzten Jahren abgenommen, ebenso, wiewohl nicht ganz so stark, die habituellen. Gewiss stehen diese Kräfte in anderen politischen Lagern, aber unüberwindliche Hindernisse wie noch vor zwei Jahrzehnten gibt es längst nicht mehr, zumal bei den Grünen zwei „Realos“ Spitzenkandidaten sein dürften, auf der einen Seite Katrin Göring-Eckardt, auf der anderen Seite entweder Cem Özdemir oder Robert Habeck.<sup>5</sup> Die Diskussion um Schwarz-Grün ist schon längst keine Gespensterdebatte mehr.<sup>6</sup> Freilich haben weder die Unionspolitiker noch die der Grünen ein Interesse daran, diese Diskussion zu befeuern, sei es, um die eigene „Parteilbasis“ nicht zu verunsichern, sei es, um die eigene Wählerschaft nicht zu irritieren.

Mein Beitrag will jedoch nicht diese Koalitionsvariante in den Vordergrund rücken, sondern den Wandel des Parteiensystems und des Koalitionsgefüges in den letzten Jahren zur Sprache bringen, zumal nach der Bundestagswahl 2013. Insbesondere geht es darum, die verschiedenen Koalitionsvarianten zu systematisieren – unter zwei Hauptgesichtspunkten: einerseits hinsichtlich der Zahl der an der Koalition beteiligten Parteien, andererseits hinsichtlich ihrer Homogenität. Gewiss, Wandel, wie stark auch immer, ist kennzeichnend für jeden demokratischen Verfassungsstaat, aber in Deutschland ist dieser durch die Einheit vor 25 Jahren besonders stark. Am Ende schlage ich den Bogen zum Anfang, indem erörtert wird, wie die Bildung einer schwarz-grünen Koalition zu bewerten ist.

---

4 Vgl. Sonntagsumfrage Bundestagswahl, unter: wahlrecht.de (31. Dezember 2015).

5 Vgl. Florian Gathmann/René Pfister: Rache der Fundis, in: Der Spiegel vom 13. Juni 2015, S. 42.

6 Vgl. bereits Volker Kronenberg/Christoph Weckenbrock (Hrsg.): Schwarz-Grün. Die Debatte, Wiesbaden 2011.

Dass das Parteiensystem sich wandelt, ist eine Binsenweisheit – aber in welche Richtung? Schrumpfen die beiden Volksparteien aufgrund der Großen Koalition? Lernen die Grünen aus verkehrten Strategien bei der Bundestagswahl 2013 und profitieren sie von ihrer Oppositionsrolle? Spricht die größere zeitliche Entfernung von der DDR für einen Einflussverlust der Partei Die Linke – oder eher umgekehrt? Vermag sich die AfD, ungeachtet der Abspaltung eines Flügels, angesichts der Flüchtlingskrise zu etablieren? Löst sie die FDP ab, vielleicht sogar einmal als Koalitionspartner der Union? Oder können die Liberalen wieder Fuß fassen? Auf die Fragen soll nicht der Versuch einer Antwort gegeben werden, haftet dieser doch ein gerüttelt Maß an Spekulation inne. Die künftigen Eigenschaften des Parteiensystems mit Blick auf Fragmentierung, Asymmetrie, Volatilität, Polarisierung und Segmentierung kommen daher nicht zur Sprache, ebenso nicht Überlegungen zu office seeking, policy seeking, vote seeking, identity seeking. Eine quantitative Analyse führt bei einer komplexen Thematik wie bei der nach Koalitionsszenarios wenig weiter.<sup>7</sup>

---

## 2 Parteiensystem vor und nach der Bundestagswahl 2013

Waren das Zeiten in den 1960er und 1970er Jahren: Bei den sechs Bundestagswahlen 1961 bis 1980 konnten jeweils nur drei Parteien in den Deutschen Bundestag einziehen: die Union<sup>8</sup>, die SPD und die FDP, nachdem 1953 mit der Deutschen Partei, dem Gesamtdeutschen Block/Block der Heimatvertriebenen sowie dem Zentrum sechs und 1957 mit der Deutschen Partei vier Parteien in den Bundestag gelangt waren, die Zentrumspartei und die DP nur wegen des Gewinns von Direktmandaten dank des Verzichts der CDU auf die Aufstellung von Kandidaten. Apostrophiert als „letzte Weimarer wie erste bundesrepublikanische Wahl“<sup>9</sup>, hatte die Bundestagswahl 1949 zu dem Einzug von zehn Parteien geführt sowie dreier – heute vergessener – unabhängiger Kandidaten namens Eduard Edert, Richard

---

7 Vgl. Eckhard Jesse/Frank Decker (Hrsg.): Die deutsche Koalitionsdemokratie vor der Bundestagswahl 2013. Parteiensystem und Regierungsbildung im internationalen Vergleich, Baden-Baden 2013.

8 CDU und CSU zählen bei einer Betrachtung des Parteiensystems als eine einzige Partei.

9 So Jürgen W. Falter: Kontinuität und Neubeginn. Die Bundestagswahl 1949 zwischen Weimar und Bonn, in Politische Vierteljahresschrift 22 (1981), S. 260.